Freitag, den 19. Dezember 1924.

Lodzer Volkszeitung

Einzelnummer: 25 Groschen.

Nr. 90.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5–6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Dezember beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Deutschland und Polen

Von Immanuel Birnbaum.

Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht", Immanuel Birnbaum, nimmt im nachstehenden Artikel Stellung zu der Vermittleraufgabe der Sozialisten in Deutschland und Polen. Wenn wir auch nicht ganz mit den Ausführungen übereinstimmen, so bringen wir sie doch, um zu zeigen, wie die Deutsche Sozialdemokratie über die Aufgaben bei der anzustrebenden Verständigung zwischen Deutschland und Polen denkt.

Die Redaktion.

Die auf dem Parteitage der Deutschen Sozialdemokratie Polens in Bielitz von einzelnen Rednern geübte Kritik an der Politik der Sozialdemokratie in Deutschland bedarf wohl keiner Zurückweisung mehr. Der Wahlausfall vom 7. Dezember hat gezeigt, daß die deutschen Arbeiter unsere Taktik in der letzten Zeit gerade auch in Preußen, im Lande der dreijährigen Severing-Koalition, besser verstanden haben als außenstehende Kritiker.

Aber wir brauchen uns nicht nur auf den Gewinn von fast 2 Millionen Stimmen und 31 Reichstagsmandaten zu berufen. Sichtbarer sollte aufmerksamen Beobachtern gerade jenseits der Grenze der sachliche Erfolg unserer internationalen Politik sein, die unsere Taktik seit dem Ruhrkampfregierungssturz Cunos durch den Eintritt der Sozialdemokraten in das erste Kabinett Stresemann erzielt hat. Dieser Erfolg besteht im raschen Fortschritt der deutsch-französischen Aussöhnung und Annäherung. International haben wir durch unsere konsequente Erfüllungspolitik, die selbst das Zusammengehen mit der Volkspartei nicht scheute, als es zum Abbruch des Ruhrkampfes und zur Annahme der unter Macdonalds Führung zustande gekommenen vorläufigen Londoner Lösung der Reparationsfrage führte, beigetragen zum Sturz Poincares und zur Entlastung Europas von der schwersten Gefahrenquelle internationaler Konflikte.

Es ist ja zu begreifen, daß im Osten diese weltgeschichtliche Wendung unterschätzt wird. Ich glaube, unsere Klassengegner schätzen diese historische Tatsache richtiger ein, als mancher aus dem sozialistischen Lager. Wie nachdrücklich unterstreicht z. B. die jetzt Herrn Korfanty gehörende Warschauer „Rzeczpospolita" die Bedeutung der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung für die polnische Industrie! Das Korfanty-Blatt zieht auch bereits höchst praktische Folgerungen daraus. Es tritt für den Anschluß der polnischen Schwerindustrie an den Konzern der deutsch-französischen Gruben und Hütten ein. Noch ist dieser Konzern zwar nicht gebildet, da man noch mit Industriellen weiterer Länder verhandelt und um verschiedene Fragen kämpft. Das geht aus der auf Wunsch der Interessenten erfolgten Unterbrechung der Verhandlungen über Eisenzölle in den deutsch-französischen Handelsvertragsbeziehungen hervor. Wir deutschen Sozialisten haben bei unserem Eintreten für die deutsch-französische Verständigung seit langem damit gerechnet, daß dem politischen Ausgleich eine solche kapitalistische Konzernbildung rasch folgen werde. Wir sehen darin ein Stück internationaler Konzentration des Kapitals, deren Unvermeidlichkeit wir ja theoretisch längst kennen und in der wir doch die Grundlage und das Angriffsobjekt der internationalen Organisation unseres Kampfes für den Sozialismus suchen. Der deutsch-französische Montankonzern ist in der Bildung begriffen, die polnische Schwerindustrie sucht Anschluß an ihn. Umso fester sollte die Zusammenarbeit der deutschen, französischen und polnischen Sozialisten werden!

Für eine solche Zusammenarbeit erscheinen uns die deutschen Sozialdemokraten in Polen nach Osten hin als die gegebenen Vermittler. Zeigt doch jeder genauere Ueberblick über Klassenschichtung und Nationalitätenverteilung im Gebiet der jungen polnischen Republik, daß auf Jahrzehnte hinaus jeder reale Machtzuwachs des Sozialismus in Polen vom Maß des Zusammenwirkens zwischen der polnischen Linken und den nationalen Minderheiten auf polnischem Staatsgebiet abhängt. Aufgabe der dortigen Sozialisten ist es, den deutschen und anderen nicht-polnischen Wählern immer wieder zu zeigen, daß ihre Hoffnung nur in einem Zusammengehen mit denjenigen Gruppen liegen kann, die grundsätzlich den Kampf gegen jede soziale Unterdrückung führen wollen und nach ihrer sozialen Struktur führen müssen. Gegenwärtig ist die P. P. S. kein Mitglied einer Koalition, wenn sie auch einzelne Maßnahmen der Regierung Grabski-Skrzynski ebenso unterstützt, wie das die deutschen oder französischen Sozialisten und alle anderen genau so gegenüber Minderheitsregierungen taten, um größere Uebel zu verhüten und reaktionäre Einflüsse zu verhindern. Von den früheren Koalitionen der polnischen Sozialisten hat gerade die meist angegriffene des Jahres 1920 durch den Sieg über die Sowjets uns in Deutschland wertvolle Hilfe gegen den reaktionären Nationalbolschewismus geleistet. Mag die Schuldfrage über den Ausbruch des damaligen russisch-polnischen Konflikts auch heute noch nicht zugunsten Polens zu beantworten sein, mag die Aufrollung anderer Schuldfragen in bezug auf die nationalen Kämpfe in Oberschlesien usw. andere historische Gegensätze unüberbrückt zeigen. Warum sollen wir diese Fragen der Vergangenheit aufrollen, wenn sie für den Aufbau der Zukunft nur hemmen und nicht fördern können? Ohne eine regierungsfähige und das heißt für die nächsten Jahrzehnte eine koalitionsfähige polnische Sozialdemokratie ist weder eine Entspannung der nationalen Gegensätze innerhalb Polens noch auch ein den Arbeitern und Konsumenten auf beiden Seiten der Grenze nötiger Wirtschaftsausgleich zwischen dem Deutschen Reiche und Polen zu erreichen. Ohne die Verwirklichung dieser beiden Ziele wiederum kein Aufstieg des Sozialismus.

Die deutsch-polnische Verständigung wird im nächsten Jahr nach der vorläufigen Regelung des deutsch-französischen Verhältnisses ein Zentralproblem der internationalen Politik werden Auf beiden Seiten der Grenze türmen sich die Widerstände gegen einen vernünftigen Handelsvertrag als den ersten Schritt eines auch politischen Ausgleichs Mögen die deutschen Sozialisten in Polen den Sinn für unsere gemeinsame Aufgabe in diesem kritischen Zeitpunkt nicht verkennen.

Die Magnaten zahlen auch nicht

Interessantes über die Steuerzahlungen polnischer Schlachzizen.

Die im Budget für das Jahr 1925 vorausgesehenen Gesamtausgaben für das Heer und die Polizei betragen 42 Millionen Zloty. Ein großer Teil der Ausgaben ist bekanntlich für die Reorganisierung des Polizeiwesens in den Grenzgebieten bestimmt. Man sollte meinen, daß die Großgrundbesitzer der Ostmarken, für die in erster Linie der Grenzschutz organisiert wird, dem Staate durch pünktliche und ehrliche Steuerzahlung zu Hilfe kommen würden. Doch weit gefehlt! Die Herren Großgrundbesitzer drücken sich nach allen Regeln der Kunst. Sie denken gar nicht daran, die sowieso schon geringen Steuern an die Staatskassen abzuführen. Sie werfen sich in die patriotische Brust und verlangen von den Behörden gänzliche Steuerfreiheit, da sie auf der Wacht des Polentums in den von „inneren Feinden" bedrohten Ostgebieten stehen.

Interessante Ziffern über die Steuerzahlungen hat Abg. Pragier von der P. P. S. in seiner letzten Sejmrede gebracht. Für den Kreis Równo sind am 1. August nachstehende Ziffern, die die Grund- und Vermögenssteuer betreffen, festgestellt worden: 48 Großgrundbesitzer, die Güter über 3000 Morgen besitzen, sollten zusammen 207 000 Zloty bezahlen. Für 48 Großgrundbesitzer eine lächerlich geringe Summe! Den vereinten Kräften dieser Herrschaften gelang es, bis zum 1. August 21 000 Zloty zu bezahlen. Die 48 Güter also, die durch Drahtverhaue und Schützengräben geschützt sowie mit Brieftaubenstationen versehen sind, sahen es als ihre nationale Pflicht an, kaum 10 Prozent der festgesetzten Grundsteuer an die Staatskassen abzuführen.

Mit der „Bezahlung" der Vermögenssteuer sieht es noch viel trauriger aus. Die 48 Güter sollten 400 178 Zloty bezahlen; in Wirklichkeit aber haben sie nur 3475 Zloty entrichtet, also kaum 0,8 Prozent. Diese 3000 Zloty haben übrigens nur 2 Güter bezahlt, während die anderen 46 an eine Bezahlung überhaupt nicht dachten. Unter diesen Gütern sind jedoch solche, die mit 78 000, 71 000, 63 000, 42 000 Zloty usw. besteuert wurden.

Die Magnaten also, die die Rechte als Kulturträger sowie als Verkörperer des polnischen Staatsgedankens ausgibt, boykottieren in frecher Weise den polnischen Staat. Ihre Frechheit geht sogar so weit, daß sie von der polnischen Regierung fordern, im Interesse ihrer Taschen durch einen Ausnahmezustand die Freiheit des Bürgers und der Republik zu vergewaltigen.

Die Administration, die sich gegenüber diesen Dieben machtlos erweist, versteht es meisterhaft, den weißrussischen und ukrainischen Kleinbauern ungeheure Steuerlasten aufzuerlegen und sie bis aufs Blut zu peinigen.

Für die Magnaten bleibt halt der Schlachzizenruf bestehen: „Wolno w Polsce, jak kto chce!"

Sturm im Wasserglase.

Die P. P. S. — der Rettungsanker Grabskis.

In der Dienstagsitzung der Budgetkommission kam es zu interessanten Auseinandersetzungen, die ernste Folgen für das Bestehen der Regierung Grabski haben können. Auf der Tagesordnung stand das Budgetprovisorium für die ersten drei Monate des nächsten Jahres. Abg. Jaroszynski vom Nationalen Volksverband stellte den Antrag, das Provisorium nur für einen Monat zu bestätigen. Abg. Rosmarin vom Jüdischen Klub erklärte darauf, daß seine Fraktion kein Vertrauen zur Regierung habe und deshalb gegen das Provisorium stimmen werde. Die Vertreter der P. P. S. und der „Wyzwolenie" erklärten sich für den Antrag der Regierung.

In der Abstimmung wurde mit 17 gegen 9 Stimmen der Antrag des Abg. Jaroszynski angenommen. Die nationalen Minderheiten stimmten geschlossen für diesen Antrag; dagegen stimmten nur die P. P. S., die „Wyzwolenie" und die N. P. R.

Nach der Abstimmung ergriff Abg. Rosmarin erneut das Wort. Er wandte sich in scharfer Weise gegen die Regierung. Das Nichterscheinen des Ministerpräsidenten Grabski zu dieser wichtigen Kommissionssitzung nannte er eine grobe Mißachtung des Sejm. Er stellte den Antrag, Ministerpräsidenten Grabski aufzufordern, zur Sitzung zu erscheinen. Der Vorsitzende der Kommission gab dem Abg. Rosmarin recht, doch bat er, den Antrag zurückzuziehen, da er persönlich mit Grabski sprechen werde.

Ministerpräsident Grabski, der inzwischen von der Abstimmung sowie von dem Vorgehen des Abg. Rosmarin unterrichtet worden war, erschien zur Sitzung, als gerade Abg. Sliwinski über das Budget des Sejm und des Senats referierte. Nach Beendigung des Referats ergriff Grabski das Wort. Er erklärte, daß er in der Abstimmung ein Mißtrauensvotum für die Regierung erblicke und daraus die Konsequenzen ziehen werde. Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, in der Mittwochsitzung über eine Reasumtion des Antrags Jaroszynski zu beraten.

In der Mittwochsitzung war Ministerpräsident Grabski zugegen. Ueber das Mißtrauensvotum der Sitzung vom Vortage wurde gar nicht verhandelt. Die Abstimmung wurde für ungültig erklärt. Der Antragsteller erklärte in dieser Sitzung, daß er sich bei der Einbringung des Antrages von sachlichen Beweggründen leiten ließ. Der Antrag habe keinen politischen Hintergrund. Abg. Rymar stellte darauf den Antrag, das Provisorium nur für zwei Monate zu bestätigen. Abg. Diamand von der P. P. S. jedoch, forderte ein Provisorium für drei Monate, wie dies auch in der Regierungsvorlage vorgesehen war. Dieser Antrag erhielt 12 Stimmen. Dagegen stimmen die Vertreter des Nationalen Volksverbandes, der Christlichen Demokratie sowie alle Vertreter der Minderheiten, zusammen 8 Abgeordnete. 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Nach diesem unerwarteten Ausgang der Abstimmung ergriff Ministerpräsident Grabski das Wort, der eine Reihe von Erläuterungen zum Budget gab.

Die Abstimmung ist bezeichnend für die polnischen Parteien. Keine einzige will die Verantwortung für eine Regierungskrise übernehmen. Sie rühren zuerst den Brei an, um sich später mehr oder weniger geschickt zurückzuziehen. Nur die Minderheiten halten Stange und verleugnen nicht ihr Verhältnis zum Kabinett Grabski.

Die neue polnische Grenztruppe.

Der Kommandant des Grenzkorps Minkiewicz gab in der Sitzung der Heereskommission des Sejm einige Aufklärungen über die Organisation der neuen Grenzschutztruppe. Das Korps, so erklärte er, werde am 1. Januar 30 Bataillone und 30 Schwadronen umfassen. Vorläufig entfallen auf 1 km. an der Ostgrenze 6 Mann. Die Lage in den Ostprovinzen ist in den letzten Monaten derart gewesen, daß von einer polnischen Grenze gesprochen werden konnte. In den ersten drei Tagen nach der Uebernahme des Dienstes wurden allein in einem schmalen Abschnitt 200 Schmuggler abgefangen.

Das Ende der römischen Konferenzen.

Die römische Tagung des Völkerbundsrats ist in einer kühlen Atmosphäre zu Ende gegangen. Nachdem Chamberlain abgereist war, hatten die römischen Konferenzen ihr ganzes Interesse verloren. Der Vertreter Spaniens hat am Schlusse im Auftrage seiner Regierung den Völkerbundsrat nach Madrid eingeladen, falls überhaupt noch eine Tagung fern von Genf stattfinden sollte.

Ferner drückte es auf die Tagung, daß die faschistische Regierung dem Völkerbund skeptisch, wenn nicht mißtrauisch gegenübersteht. Mussolini hat aus dieser seiner Gesinnung nie ein Hehl gemacht. Wenn Mussolini darüber hinaus sagte, daß Rohstoffmonopole eine Quelle der Kriege seien, so ließ er zwischen den Zeilen den alten italienischen Vorwurf durchblicken, daß der Völkerbund nur die plutokratischen Interessen der angelsächsischen Mächte vertrete.

Die „Baseler Nachrichten" schreiben über die römische Session des Völkerbundes wie folgt:

„Was aus dem Völkerbund wird, wenn er auf seine große Hauptidee verzichtet, davon hat man während der römischen Tagung eine Ahnung bekommen können. Die Uebertragung der Kontrolle der deutschen Militäreinrichtungen an den Völkerbund ist nur gerechtfertigt, wenn dieser das legitime Organ für die allgemeine Abrüstung und Friedenssicherung ist. Versagen ihm die Großmächte entgegen seiner Satzung diese Qualität, so haben die ehemaligen Neutralen nichts mehr in ihm zu suchen. Er mag dann auseinanderfallen oder das werden, was seine Feinde schon jetzt von ihm behaupten: ein Versailler Trust. Man stelle sich vor, wie es wirken wird, wenn der Völkerbund gemäß den römischen Vorberatungen in Deutschland die Rüstungspolizei besorgt, ohne seinen eigenen Mitgliedern irgendwelche Abrüstungspflicht zuzumuten. Die Alliierten behaupten, sie seien nicht pünktlich erfüllt. Richter über den Zwist ist nach den ungeheuerlichen Bestimmungen von Versailles der Kläger, also die Entente selbst, nicht etwa der Völkerbund; der soll nichts zu richten und zu schlichten, sondern nur den Entwaffnungsbüttel zu machen haben. Das sind die Aussichten, die sich eröffnen, wenn England den Gedanken des Völkerbunds verrät."

Der Kampf gegen Baldwin beginnt.

Die englische Arbeitspartei hat zu einer starken Kritik der konservativen Regierung gegriffen. Besonders hatte die Außenpolitik Baldwins einen scharfen Protest bei Labour hervorgerufen. Die Unzufriedenheit besteht hinsichtlich der Politik gegen Rußland und gegen Aegypten. Auch die Wohnungspolitik der Baldwinregierung fand keine Anerkennung der Arbeitspartei. Die Partei ist der Ansicht, daß der Wohnungsbau der Privatinitiative nicht überlassen werden darf. Die Häuser muß vor allen Dingen die Regierung selbst bauen und erst in zweiter Linie die Selbstverwaltungsgemeinden. Die Partei fordert die Lösung der Frage auf sozialistischer Grundlage und verlangt, daß selbst die kleinste Arbeiterwohnung einen Salon und ein Badezimmer haben muß.

Aufstand in Albanien.

Der politische Gerichtshof von Tirana hat vier ehemalige Minister zum Tode verurteilt. Das Vermögen der Minister wurde zugunsten des Staates beschlagnahmt. Die Nachricht von der Verurteilung hat unter der Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegen die Regierung hat bereits drohende Formen angenommen. Die Revolutionäre bekommen von der Bevölkerung starken Zuwachs. Der Aufstand der Revolutionäre schreitet immer mehr fort. Die Lage der Regierung in Tirana ist dadurch äußerst kritisch geworden. Die Städte in der Nähe von Skutari sind zu den Aufständischen übergegangen. Man rechnet sogar mit dem Fall von Skutari.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

Die Dienstagsitzung des Sejm wurde vom Referat des Abg. Moraczewski von der P. P. S. ausgefüllt, der beinahe 3 Stunden über die Zyrardower Affäre berichtete. Moraczewski ging sehr eingehend auf alle Einzelheiten ein, so daß der Sejm sich ein genaues Bild von dem großen Vergehen des ehemaligen Ministers für Handel und Industrie Kucharski machen konnte. Er schloß seinen Bericht mit folgendem Antrage: „Der Sejm wolle beschließen, den ehemaligen Minister für Handel und Industrie sowie jetzigen Sejmabgeordneten Wl. Kucharski vor das Staatstribunal anzuklagen, weil durch sein Verschulden dem Staate ein Schaden von 490 000 Dollar zugefügt wurde."

Als erster Verteidiger des Abg. Kucharski trat Abg. Dobrzanski vom Nationalen Volksverband auf den Plan. Er suchte das Verhalten Kucharskis zu rechtfertigen. Schließlich wurde auf Antrag der Linkspartei mit 158 gegen 147 Stimmen beschlossen, die weiteren Debatten über die Auslieferung Kucharskis bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

In der Mittwochsitzung wurde die Aussprache über die Auslieferung Kucharskis fortgesetzt. Obwohl für die Auslieferung keine Dreiviertelmehrheit zustande kam, sprach sich doch die Mehrheit der Abgeordneten für die Auslieferung aus. Für den Antrag wurden nämlich 175 Stimmen abgegeben, dagegen aber nur 135. Wenn man zu dieser Mehrheit die 32 anwesenden Abgeordneten des „Piast" zuzählen würde, die wie Pilatus ihre Hände in Unschuld wuschen und weiße Karten abgaben, dann wäre es um den Abgeordneten Kucharski geschehen. Durch das Verhalten des „Piast" kam es zu keiner Dreiviertelmehrheit und Kucharski benützte dies Türchen der Formalität, um sich den Händen der Gerechtigkeit zu entwinden.

Kleine politische Nachrichten.

Ponikowski Kultusminister? Am Montag konferierte Premierminister Grabski mit Prof. A. Ponikowski. In Verbindung damit wurde im Sejm die Nachricht verbreitet, daß Grabski Prof. P. das Portefeuille des Kultusministeriums angeboten hat.

Thugutt in Wilna. Am Sonntag und Montag konferierte Premierminister Thugutt weiterhin mit den Minderheitenvertretern. Am Sonntag fand in Wilna ein Bankett zu Ehren Thugutts statt.

Lokales.

Die Einweihung neuer Pflanzstätten der Kultur von Lodz.

Der vergangene Sonntag war ein ereignisreicher Tag in der Geschichte unserer Stadt. Zwei von der Stadt erbaute Schulgebäude wurden eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben, ein neuer Grundstein zum Bau eines Schulhauses gelegt. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß diese Tatsache für Lodz ein Ereignis war. Vierzig Schulzimmer wurden den Sprößlingen des kleinen Mannes zur Verfügung gestellt. Weit über tausend Arbeiterkinder sind aus der finsteren, niedrigen, dumpfigen und ungesunden Schulstube nach einer wirklichen, im modernen Stil errichteten Schule übersiedelt. Die Sonnenstrahlen, die in voller Fülle durch die Schulfenster in das Innere der Lernstube eindringen werden, werden das kleine Herz des Kindes freier und höher schlagen lassen, werden den Harm der Zeit von seiner jungen Stirn küssen und ihm die Schulzeit zu einer blühenden goldenen Zeit machen.

Als die Flagge des neuerstandenen Polens über den Zinnen des polnischen Manchesters gehißt wurde, da besaß diese zweitgrößte Stadt der Republik Polen kein einziges eigenes Schulgebäude. Sämtliche hundertfünfzig Volksschulen waren in Privatwohnhäusern untergebracht, die nicht im entferntesten den Anforderungen der Schule entsprachen. Eine der ersten Aufgaben des verabschiedeten Arbeiter-Magistrats war es darum gewesen, zum Bau von eigenen Schulhäusern zu schreiten. Unter den denkbar größten finanziellen Schwierigkeiten hat der P. P. S.-Magistrat die Arbeiten nach dieser Richtung hin aufgenommen, mit der Errichtung von 6 städtischen Schulhäusern begonnen. Auch die am Sonntag eingeweihten Schulen gehören zu den Schöpfungen des vorigen Magistrats, auf die er heute mit Stolz zurückblicken darf.

An den Feierlichkeiten nahmen teil die Spitzen der Stadt- und Wojewodschaftsbehörden, zahlreiche Vertreter des Stadtrats, sowie der Direktor des Kultusministeriums, Herr Dr. Zawidzki, aus Warschau. Als erste wurde die Kosciuszko Schule in der Marysinska 2 eingeweiht. Kurz vor 3 Uhr nachmittags erfolgte die Einweihung der Königin-Jadwiga-Schule, Nowo-Cegielniana 58. Diese Feier gestaltete sich ganz besonders imposant. Die Schule war, wie Schulinspektor Skowronski in seiner Ansprache ganz richtig bemerkte, unter der umsichtigen und erfahrenen Leitung ihrer Vorsteherin, Frau Jadwiga Podulka, Gattin des Schulinspektors Podulka, in einen wahren Feenpalast umgewandelt. Der Zeichensaal, in dem die Feierlichkeiten stattfanden, glich einem Blumengarten. Die Mädchen hatten, in Erwartung der hohen Gäste, von beiden Seiten des Treppenaufgangs, Spalier gebildet und boten mit ihrem Schulbanner ein recht anmutiges Bild. In ihren Augen spiegelte sich die Freude wider, daß sie gerade die Glücklichen sein durften, die zuerst in diesem prächtigen Schulpalast Einzug gehalten. Der Blumenstrauß, der dem Herrn Minister Dr. Zawidzki von einem Mädchen überreicht wurde, war ein beredtes Zeugnis von der kindlichen Dankbarkeit.

Wir schließen uns dem Wunsche des Ministers Dr. Zawidzki an, Lodz, die Stadt der Arbeit, die dem Staate enorme Reichtümer schafft, möge auch dem Staate Kulturwerte schaffen, ihm tüchtige Staatsbürger heranbilden.

Dem Lehrkörper dieser Schule wünschen wir Erfolg und Kraft zur Arbeit, möge es ihm gelingen die jungen Menschenpflanzen und die darin schlummernden Keime und Triebe zu behüten und zu pflegen, sie von dem Unkraut und dornigem Gestrüpp zu befreien, behutsam und fein sorgfältig die Aeußerungen menschlichen Tuns in der Richtung der gesellschaftlichen Ideale, die im Gemeinsinn und in der Würde freien Menschentums gipfeln, zu lenken.

N. K.

Die Schiedskommission.

Am Dienstag fand die erste Sitzung der Schiedskommission unter Vorsitz des Herrn Bukowiecki statt. An den Beratungen nahmen auch Hauptarbeitsinspektor Klott und der Departements-Direktor des Ministeriums für Handel und Industrie, Herr Dombrowski, teil.

Herr Bukowiecki unterstrich in seiner einleitenden Rede, daß er Unparteilichkeit bewahren werde. Er wolle im Interesse der Industrie und der Arbeiter handeln. Diese Interessen sind seiner Meinung nach voneinander nicht zu trennen und miteinander eng verbunden, während die Entwicklung der Industrie im Interesse Polens liege. Das Beratungsreglement, das die Sitzungen als geheim erklärt, wurde angenommen.

Bei Beginn der Beratung forderte Abg. Szczerkowski die Zulassung von Sachverständigen seitens der Arbeiter. Es wurde beschlossen, die Sachverständigen in Ausnahmefällen zuzulassen. Nach der Geschäftsordnung werden sich die Parteien dem Schiedsspruch bedingungslos fügen. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt, während bei Stimmengleichheit der Unparteiische entscheidet. Die darauf folgenden Beratungen fanden entsprechend der Geschäftsordnung bei geschlossenen Türen statt. Die Sitzung brachte kein Ergebnis und wurde auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Wie wir hören, werden als Sachverständige seitens der Arbeiter Stv. Danielewicz (Klassenverband) und Frl. Piechotkówna (Chadecja) zugelassen. Die N. P. R. ist durch Herrn Kazimierczak vertreten.

In der Mittwochsitzung währten die Beratungen volle acht Stunden, doch ist man zu keinem Ergebnis gelangt. Die nächste Sitzung findet heute statt. Es ist anzunehmen, daß es die letzte sein wird.

* * *

Am Dienstag beschlossen die Angestellten des Magistrats in ihrer Verbandssitzung auf der Forderung der Auszahlung des 13. Gehalts zu bestehen. Auch fordern sie die Auszahlung des Dezembergehalts. Da der Magistrat diese Forderungen nicht bewilligen will, beschlossen die Versammelten den italienischen, und wenn auch dieser nichts nützt, den scharfen Streik. Die Beamten des Elektrizitätswerks sind gewillt, die Forderungen der städtischen Beamten durch Streik zu unterstützen. Vorerst soll die Stellungnahme der heutigen Stadtratsitzung abgewartet werden.

* * *

In den Streik der Straßenbahner hat das Arbeitsministerium dadurch eingegriffen, daß es den Wojewoden beauftragte Schlichtungsversuche zu unternehmen. Der Präses der Warschauer Straßenbahner, Bulinski, der in der Wojewodschaft intervenierte, erklärte, daß die Warschauer Straßenbahner bereit sind, die Lodzer durch einen Streik zu unterstützen, wenn der Streik nicht gewonnen wird.

* * *

Die Lehrer der Abendschulen sind zur Arbeit geschritten. Die Regelung der Lohnzulage soll durch weitere Verhandlungen erfolgen.

Unterstützungen für die geistigen Arbeiter. Das Bezirkskomitee zur Verwaltung des Arbeitslosenfonds teilte den Beamtenverbänden mit, daß in Verbindung mit der Zuteilung von einer Million Zloty für die arbeitslosen Angestellten die Verbände die Aufstellung der Arbeitslosen vornehmen sollen. Die Verbände sind zu dieser Arbeit sofort geschritten. Es ist anzunehmen, daß die Unterstützungen in den ersten Tagen der nächsten Woche ausgezahlt werden.

Kein 13. Gehalt für Staatsbeamte. Das Finanzministerium hat endgültig die Zuerkennung eines 13. Gehalts an die Staatsbeamten verworfen. Dafür wurden den einzelnen Ministerien gewisse Summen zur Verfügung gestellt, von denen die Minister denjenigen Beamten eine Gratifikation zuerkennen werden, die sich durch Fleiß und Pflichteifer auszeichnen. Im Durchschnitt dürften auf jeden Beamten 200 Zloty fallen.

Das Abkommen mit dem Elektrizitätswerk. Vorgestern erstatteten die Sachverständigen Bericht über die von ihnen durchgeführte Prüfung der Angelegenheit der Nichteinbeziehung der drei Immobilien in den Komplex des Vermögens des Elektrizitätswerks. Zwei Sachverständige erklärten, daß die Immobilien mit zu dem Vermögen gehören, während fünf das Gegenteil behaupteten. Die Rechtskommission des Stadtrats war geteilter Meinung. 6 Stadtverordnete erklärten sich gegen die Einbeziehung der drei Immobilien, 4 dafür und zwar die Stadtverordneten Kuk, Rapalski, Kempner und Dr. Schweig. Stv. Rode enthielt sich der Abstimmung. Die Frage wird in der heutigen Stadtratsitzung endgültig geregelt. Die 4 Stadtverordneten der Opposition sind für den Fall der Annahme des Magistratsantrages entschlossen, beim Innenministerium gegen diese Schädigung der Stadt klagbar zu werden.

Hebbel-Vorträge von Prof. Dr. Wukadinowic. „Dort in Wesselburen war es mir fast zu reichlich an allem Guten, selbst die Pracht der Wiesen und Aecker, wenn das Grün rein emporquoll und die Blumen strotzten, übermannte mich fast. Dazu der unendliche Himmel, Deich und Meer und die großen Gestalten, die davon ihr Gepräge erhalten" — so spricht Klaus Groth von dem Orte, wo Friedrich Hebbel am 18. März 1813, Sohn eines armen Maurers und einer Tagelöhnarbeiterin, in das Dasein trat. Jeder Mensch ist Poet und auf jeden Menschen übt die ihn in seiner Kindheit umgebende Natur einen Einfluß auf seine seelischen Empfindungen aus. Nur wenigen ist es vergönnt, diese Empfindungen in Form lyrischer Dichtungen oder tendenziös als Drama, Tragödie oder Lustspiel durch die Sprache anderen verständlich zu machen. Einer dieser wenigen war auch Hebbel, über dessen Leben und Werke der Literaturforscher Prof. Dr. Wukadinowic am 15. und 17. Dezember in der Aula des Deutschen Gymnasiums vor einem fast vollständig gefülltem Saale sprach. Die Vorträge waren in schöner, fesselnder Sprache gehalten, denen die Lodzer Kunstfreunde mit gespannter Aufmerksamkeit lauschten. Insbesondere wurden Hebbels Dramen mit ziemlicher Ausführlichkeit behandelt, indem der Vortragende außer dem Inhalt der einzelnen Stücke auch deren Tendenz und künstlerischen Aufbau verständlich machte. Es gelangten zur Behandlung: Die Tragödien Judith, Genoveva, Herodes und Marianne, das Drama Michel Angelo, die Trauerspiele Maria Magdalena, Agnes Bernauer, das Märchen Der Rubin und zum Schluß das deutsche Trauerspiel Die Nibelungen.

Leider waren außer einer winzigen Anzahl keine weiteren Vertreter der Lodzer großen Handelsangestelltengemeinde zu erspähen. Das berührte umsomehr eigentümlich, als die Mitglieder des Commisvereins von einem Herrn, der sich für die Weckung des geistigen Lebens der Angestelltenschaft stets mit großem Eifer eingesetzt hat, auf den hohen wissenschaftlichen Wert der Hebbel-Vorträge ganz besonders aufmerksam gemacht wurden. Aber was ist für unseren sich gern duckenden und bückenden Angestellten der ihm vielleicht nur dem Namen nach bekannte friesische Dichter, der einem Stamm entsprossen ist, wo man ein Beugen vor der Macht der Menschen nicht kannte? Ein Tanz nach dem Vortrage hätte auch wohl dieses Publikum angezogen. Den wissenschaftlichen, sehr interessanten Vortrag hätte man in solchem Falle schon mit in den Kauf genommen. So ist der Lodzer Angestellte...

S. Hayn.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Heute, den 18. Dezember l. J., findet die Erstaufführung des Schillerschen Trauerspiels „Kabale und Liebe" mit Kurt Katsch vom Staatstheater in Berlin als Gast in der Rolle des Wurm statt. Auch Herr Gustav Adolf Litteck wird sich bei dieser Gelegenheit dem Publikum als Ferdinand vorstellen.

* * *

Vom Deutschen Theater wird uns mitgeteilt: Für Weihnachten beabsichtigt die Direktion eine Aufführung des reizenden Kindermärchens „Dornröschen", ferner als ausgesprochene Weihnachtsvorstellung „Das Apostelspiel". Außerdem Wiederholungen von „Kabale und Liebe" und „Der Keusche Lebemann". Zu Silvester wird als Premiere der überaus lustige Schwank „Familie Schimek" gegeben. Im Anschluß daran findet in sämtlichen Räumen des Scalatheaters ein lustiger Silvesterrummel unter Teilnahme sämtlicher Kräfte statt. Gegeben werden zwei gelungene Einakter und eine Reihe von fröhlichen Solovorträgen.

Die halbierten Geister.

Keine Richtungsänderung der „N. L. Ztg."

In der Sonntagsnummer der „Neuen Lodzer Zeitung" lesen wir eine Anzeige der Frau Maria Milker, in der sie mitteilt, daß sie einen Herrn Bernhard von Haller bevollmächtigt hat, die „N. L. Ztg." in der Richtung weiterzuleiten, die ihr verstorbener Gatte eingeschlagen hat.

Aus dieser Anzeige ersieht man etwas ganz Neues. Frau Milker ist also nicht nur Besitzerin der Druckerei und des Verlages der „N. L. Ztg.", sondern auch der Richtung derselben. Der Redaktionsstab, der in jeder Zeitung für die Richtung maßgebend ist, hat also hier nichts zu sagen. Er hat von der Besitzerin, die von Politik und Zeitungsinhalt bestimmt nicht allzuviel versteht, die Befehle entgegenzunehmen, in welcher Richtung er den Inhalt der Zeitung zu steuern hat und diese — Befehle zu befolgen. Eine eigene Meinung darf der Redakteur der „N. L. Ztg." nicht haben. Für das geistige Niveau der Redaktion ist dies bezeichnend.

Bemerkenswert ist, daß der Erbe des zweiten Teiles des Verlages, Herr Drewing, nach dem Ableben des Chefredakteurs Milker versicherte, die „N. L. Ztg." in dem bisherigen Geiste weiterzuführen. Es fragt sich nun: gehört nur der Geist der Zeitung Herrn Drewing, dagegen die Richtung der Frau Milker? Oder gehört die Hälfte des Geistes und die Hälfte der Richtung dem einen und die andere dem anderen Teil? Ist für die Zeitung nicht eine Harmonie der halbierten Geister notwendig? Wenn man über einen ganzen Kopf zu verfügen hat, so kann man sich in diesen Halbgeistern wirklich nicht auskennen. Dunkel ist euer Rede Sinn. Wer löst dieses Preisrätsel?

O jerum.

Vereine.

Die Bücherei des Deutschen Schul- und Bildungsvereins teilt ihren Lesern hierdurch mit, daß die letzte Bücherausgabe vor den Feiertagen Sonnabend, den 20. d. Mts., stattfinden wird. Nach den Weihnachtsfeiertagen wird die Bücherei am 3. Januar wieder eröffnet werden.

Turnverein „Aurora". Am Sonntag, den 21. Dezember, um 1 Uhr nachmittags, veranstaltet der Verein im Poniatowski-Park ein Wettgehen in 3 Läufen: 1. Teilnehmer im Alter von 20—30 Jahren, 2. von 30—40, 3. von 40 aufwärts. Zu diesem Wettgehen werden sämtliche Sportvereine höfl. eingeladen. Auch diejenigen Personen, die keinem Verein angehören, werden ersucht sich im Vereinslokale, Kopernika 64 (Waldschlößchen) zu melden. Bei den Anmeldungen müssen Legitimationspapiere vorgelegt werden. 455

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerrat. Die 13. ordentliche Sitzung des Vertrauensmännerrats findet Sonnabend, den 20. d. Mts., um 7 Uhr abends, statt. Das Erscheinen sämtlicher Vertrauensmänner ist erforderlich.

Der Vorstand.

Aus aller Welt.

Menschenschmuggelprozeß. In Gleiwitz fand ein sensationeller Prozeß statt. Es waren gegen 20 Personen angeklagt, die sich mit dem Menschenschmuggel von Polen nach Deutschland und umgekehrt beschäftigen. Das Gericht erkannte auf mehr als 22 Jahre Gefängnisstrafen.

Zum Tode verurteilt. Wegen Vatermordes verhandelte das Oppelner Schwurgericht gegen die Gebrüder Johann und Josef Marsetz aus Dombrowka an der Oder. Im Juli wurde der Häusler Marsetz in seiner Scheune tot aufgefunden. Die Ermittelungen ergaben, daß es sich um einen Mord handle, zumal der Getötete mit einer Schußwunde im Rücken gefunden wurde. Wie aus der Beweisaufnahme hervorging, trachtete Josef Marsetz, da er nach dem Tode seines Vaters die Besitzung übernehmen wollte, diesem nach dem Leben. Deshalb hatte Josef Marsetz seinen Vater bereits zweimal bei Wasser und Brot eingesperrt. Die Beweisaufnahme erbrachte keinen Beweis für die Schuld des Mitangeklagten Johann Marsetz, so daß dieser freigesprochen wurde. Dagegen wurde Josef Marsetz vom Gericht für des Mordes schuldig befunden. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode.

London tanzt auf Kirchhöfen. Die „christliche" Welt scheint mancherorts doch Kopf zu stehen. Der Propst der Paulskirche in London gab die Erlaubnis zu einem Ball auf den Gräbern des Covent-Garden-Kirchhofes unter der Bedingung, daß nur anständige Tänze aufgeführt würden. Der Zweck des Balles war, dem Propst zur Renovierung seiner Kirche Geld in die leere Kasse zu locken.. Und es wurde mit aller Ruhe und Pietät bis zum Morgengrauen getanzt. Leser, verstehst du das? Ich mach nicht mehr mit.

Eine willkommene amerikanische Erfindung. Dem Prager Magistrat wurde dieser Tage eine amerikanische Erfindung vorgelegt, die den Zweck hat, das Spritzen des Straßenkotes nach den Seiten bei Automobilen zu verhindern. Die Erfindung besteht in einer Vorrichtung aus Gummi, die den nach der Seite spritzenden Straßenkot gleich dem bei den Automobilen bestehenden Kotfänger auffängt.

Die Tochter des Negers. Leonhard Rhinelander, der Sohn einer der ältesten und reichsten Familien Neuyorks, der vor einigen Wochen eine geheime Ehe mit einem jungen, schönen Mädchen einfacher Herkunft geschlossen hat, reichte dieser Tage einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung dieser Ehe ein, da die junge Frau verschwiegen habe, daß sie Negerblut in den Adern habe. Alle Versuche der Familie, den jungen Mann von seiner Frau, deren Vater Kutscher war, zu trennen, waren vergebens gewesen; er lebte mit ihr in dem bescheidenen Heim ihrer Eltern. Erst nachträglich erfuhr er, daß der Vater seiner jungen Frau, als er seinerzeit die Naturalisation anstrebte, sich als britischer Neger und Untertan bezeichnete, und daß auch die verheiratete Schwester der jungen Frau und deren Gatte als „Schwarze" bezeichnet wurden.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(Nachdruck verboten.)

(69. Fortsetzung.)

XXVIII.

Adalise hatte den Waldpfad eingeschlagen, der zur Fabrik führte. Atemlos hastete sie vorwärts und stand bald oben. Obwohl nicht gearbeitet wurde, waren alle Tore weit geöffnet. Kein Wächter, nicht einmal der Torwart, waren zu sehen. Nur eine hellgekleidete Frauengestalt schlüpfte gerade zum Tor herein, als Adalise quer über den Innenhof auf das Seitengebäude, in dem sich ihres Mannes Kantor befand, zuschritt.

Am Eingang trafen sie zusammen und blieben beide betroffen stehen — es war Mara von Hilbert. „Adalise — du?" stammelte Mara sehr verwundert.

Adalise sah sie einen Augenblick finster an, dann richtete sie sich plötzlich entschlossen auf.

„Du willst ihn warnen vor der Gefahr?" sagte sie kalt und hochmütig.

„Nein. Denn er kennt sie ja und erwartet sie wohl. Nur bei ihm sein will ich, in seiner Nähe wenigstens . . ."

„Und du schämst dich nicht, mir das ins Gesicht zu sagen?" unterbrach sie Adalise heftig. „Du glaubst, ich werde auch das geduldig hinnehmen, wie alles andere bisher? Aber darin irrst du! Ich verbiete dir, zu ihm zu gehen!"

„Du verbietest mir—?" sagte Mara grenzenlos erstaunt. „Wie könntest du mir verbieten, zu Manfred zu gehen, der seit gestern abend mein Bräutigam ist? Mit welchem Recht, Adalise? Aus welchem Grund?"

„Dein — Bräutigam? Manfred? . . . Zu — ihm willst du?" stammelte Adalise.

„Zu wem sonst?" Plötzlich wurde Mara dunkelrot. Sie hatte jäh begriffen . . .

„O, Adalise, wie konntest du . . .!" Dann schlang sie die Arme zärtlich um die junge Frau und sagte weich: „Geh zu ihm. Das ist recht, daß du kamst. Er hat dich lange genug schwer und heiß vermißt!"

* * *

Leo sprang erschrocken auf, als Adalise so unerwartet bei ihm eintrat. Er hatte soeben mit dem Eichsteiner Bürgermeister telephonisch gesprochen und wußte alles, was unten vorgegangen war. Auch, daß Prinz Löwenkreuz anscheinend schwerverletzt, bewußtlos vom Platz getragen worden war. Der Rittmeister, welcher an Löwenkreuz Stelle das Kommando übernommen, hatte nach der Stadt wegen Verstärkung telephoniert und darin läge, wie der Bürgermeister betonte, die größte Gefahr. Denn käme wirklich noch mehr Militär, so seien ernste Zusammenstöße unvermeidlich. Die Arbeiter hätten deshalb ihren bereits angetretenen Weg nach der Fabrik vorläufig aufgeschoben, da sie sich nicht teilen wollten. Inzwischen redeten sie sich in immer größere Erbitterung gegen die Dragoner hinein, deren Anwesenheit ihnen als persönlich angetane Schmach erschien. Dies sei auch der Hauptgrund ihres Grolles gegen Gottulan.

Leo wußte dies längst. Er begriff auch, daß der Augenblick gekommen war, wo er mit aller Energie einschreiten mußte, wollte er noch schlimmere Vorfälle verhindern und die Fühlung mit seinen Leuten nicht ganz verlieren.

Unverzüglich ließ er sich erst mit der politischen Behörde, dann mit der militärischen verbinden, legte die ganze Sachlage dar und berichtete was bisher geschehen. Für das, was kommen würde, wenn man die Dragoner nicht sofort zurückziehe oder ihnen gar die gewünschte Verstärkung schicke, lehne er jede, durchaus jede Verantwortung ab. Dagegen verpflichtete er sich, daß sofort wieder Ruhe im Tal herrschen und morgen überall gearbeitet würde, wenn man ihm völlig freie Hand lasse und davon den Kommandanten der Dragoner, Rittmeister Bertlev, gleichzeitig in Kenntnis setze.

Man zögerte ein Weilchen, erhob Bedenken, telephonierte an den Bürgermeister um Auskunft, und als dieser Gottulans Mitteilungen bestätigte, gab man endlich nach.

Aufatmend hing Leo den Schalltrichter an den Apparat und warf sich erschöpft in seinen Schreibstuhl.

Es war ein harter Kampf gewesen, und er hatte wieder einmal eine große Verantwortung auf sich genommen durch sein Versprechen, die aufgeregten Arbeiter zu beruhigen. Aber wie immer in solchen Fällen, wuchs sein Kraftgefühl an der gestellten Aufgabe.

Er würde es zwingen, weil er wollte! Opfer würde es kosten, aber die wollte er gern bringen in der Selbsterkenntnis, daß seine wechselnde Stimmung in der letzten Zeit ihn oft schroffer hatte auftreten lassen, als sich nachträglich mit seinem eigenen Gerechtigkeitsgefühl vertrug.

Da trat Adalise ein. Leos erstes Gefühl war Schreck, daß sie während dieser erregten Stunden, wo keiner wußte, was die nächste Minute bringen konnte, Karolinenruhe verlassen hatte. Sein zweites, Mißtrauen. Kam sie als Abgesandte ihrer Schützlinge, der Dragoner, die vielleicht schon wußten, was er gegen sie plante? Aber das konnten sie ja noch gar nicht wissen . . .

Unschlüssig blieb er am Schreibpult stehen, und seine Stimme klang eher ärgerlich als erfreut, als er sagte:

„Was fällt dir ein, Adalise, dich heute aus den schützenden Mauern Karolinenruhes hinauszuwagen, wo du doch wissen mußtest, welche Stimmung unter den Arbeitern herrscht! Was willst du hier in der Fabrik?"

„Mir war so bang um dich . . ." stammelte sie verwirrt.

Der weiche, demütige Ton, die mädchenhafte Schüchternheit, die sich in ihrer ganzen Haltung ausdrückte, waren ihm so neu an ihr, daß er sie sprachlos anblickte. Adalise fuhr mutiger fort: „Es ist so gräßlich unten, Leo! Sie haben mit Steinen nach dem Militär geworfen, und der Prinz ist schwerverletzt. Lo sagt, er werde vielleicht sterben . . ."

(Schluß folgt.)

Verein Deutschsprechender Meister und Arbeiter.

Sonnabend, den 20. Dezember, um 7 Uhr abends, findet im Vereinslokale, Andrzeja 17, die

3. Quartalsitzung

statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Einst und jetzt.

Eine Betrachtung zur Vorweihnachtszeit.

Es war einmal auf der Welt eine andere Zeit. Man hat mehr gefeiert wie gearbeitet. Nach der Ernte hat man Erntefeste und wochenlang Kirmesse gefeiert, so daß manchmal die Haustiere zu murren anfingen, weil sie bei solchen Feiern zu kurz kamen, oder ganz vergessen wurden. Man hatte nebenbei noch viele kirchliche Feiertage gehabt, denn die damalige Geistlichkeit war arbeitsfreudig und konnte sich an solchen Feiertagen satt arbeiten. Es waren drei Oster-, drei Pfingst- und drei Weihnachtsfeiertage, wo man sich ausruhen und satt essen konnte. Im Mittelalter, wo die heilige Inquisition noch in Tätigkeit war, hat man auch viel in der Woche gefeiert. Als am 17. Februar 1600 in Rom der in ganz Europa aus der Geschichte bekannte Giordano Bruno auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde, mußte ganz Rom feiern und alles mußte nach der damaligen Weltauffassung diesen Astronomen wie einen Schwerverbrecher nach dem Hügel „Pampo. dei Fiori“ zum Scheiterhaufen begleiten, denn dies war der Wunsch der damaligen Potentaten und Inquisitoren. Solche furchtbare Exekutionen fanden sehr oft statt, wo das Volk mitmachen mußte. Man hat gefeiert, weil es sein mußte. Mit der Zeit kam es anders. Das, was Giordano Bruno und andere seiner Zeitgenossen gelehrt haben, ist zur Grundlage der Wissenschaft geworden und kein Mensch findet Anstoß daran.

Heute ist es ganz anders geworden. Wenn es unseren Arbeitgebern paßt, dann lassen sie die Arbeiterschaft Wochen und Monate lang feiern, aber auch dabei hungern. Brauchen sie aber die Arbeiterschaft, dann zwingen sie diese, auch an den Feiertagen zum Arbeiten. Ab 1. Januar 1925 soll es noch anders werden. Im ganzen Jahre sollen nur 10 Feiertage als gesetzlich anerkannt werden, außerhalb der Sonntage. Der zweite Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag scheiden aus. Das ist ganz schlau ausgedacht, denn die Arbeitgeber brauchen für diese Tage keine Zuschläge zum Lohne zahlen und die Arbeiter brauchen für diese Feiertage nicht viel anzuschaffen, weil sie nur einen Tag frei sind und der nächste Tag schon wieder ein Arbeitstag ist.

Einst war der Arbeiter ein freier Mensch und war vom Staate und seinen Mitmenschen hoch geachtet. Wenn er seine Arbeitsstelle wechseln wollte, bekam er Zehrgeld auf die Reise. Er war militär- und steuerfrei. Heute sieht das ganz anders aus. Der Arbeiter soll alle Kosten tragen. Heute bekommt er kein Zehrgeld mehr, wenn er auf die Suche nach Arbeit geht. Wenn er ganz auf den Hund gekommen ist, kommt die Neigung, weil es ein Naturgesetz des Magens ist, die Lust und Drang zu verschiedenen Verbrechen. Er will leben, hat keine Arbeit, hat kein Brot. Das Stehlen kommt dann von selbst. Dann wundert man sich in den oberen Kreisen über das Verbrechertum. Die Geistlichkeit wettert von der Kanzel herab gegen die Verwilderung des Volkes. Das alles kann nichts nützen, denn das Arbeitervolk hat Augen und sieht, was in der Welt vorgeht.

Wir stehen vor Weihnachten, einem großen Feiertag, wo der ganzen Welt der Friede auf Erden verkündet wird. Haben wir heute den Frieden? Der Friede für einen Arbeiter ist der Friedhof, dort findet er erst den ewigen Frieden.

Wir sehen und hören. Bei den reicheren Leuten hängen an den Fenstern die Weihnachtshasen. Im Hofe schnattern die Weihnachtsgänse. Im Auto werden aus der Stadt Weihnachtsgeschenke herangeholt und in einem solchen Hause, wo das goldene Kalb steht, ist Freude und Friede. Anders ist es bei Arbeiterfamilien und namentlich bei den Arbeitslosen. Mit verweinten Augen und blassem Gesicht steht die Arbeiterfrau da. Der Ehemann, ganz verstimmt, flucht über die Ungerechtigkeit auf dieser Welt. Die Kinder sehen und hören alles. Auch sie begreifen, warum ihnen die Mutter zu Weihnachten nichts kaufen kann. Der junge Geist empört sich und aus dem kleinen Kinde wächst ein Streiter für eine andere Weltanschauung empor, welcher nicht zu bekehren ist, weil er den bitteren Kelch getrunken hatte.

Was sich neckt, liebt sich.

Korfanty finanziert die N. P. R. — Die N. P. R.-Leute aus Kongreßpolen drohen mit Klubspaltung.

Wir konnten vor einiger Zeit darüber berichten, daß Korfanty eine energische Aktion gegen die N. P. R. unternommen hat. Dabei stellte er die N. P. R. dadurch bloß, daß er behauptete, sie habe Unterstützungen aus Industriekreisen erhalten.

Die Narodowa Partja Robotnicza scheint diese Angriffe nicht vertragen zu können, denn sie erstrebte und erreichte eine Einigung. Diese geht sogar soweit, daß Korfanty seinen Geldbeutel öffnete und der „N. P. R.“ unter die Arme griff. Die oberschlesischen Zeitungen berichten darüber:

Am Dienstag vormittag fand in den Büroräumen der Zjednoczenie Zawodowe Polskie (so nennt sich die oberschlesische N. P. R.) in Kattowitz eine Konferenz zwischen dem Vorstand der Genossenschaften und Herrn Korfanty in Sachen der Sanierung der niedergehenden N P. R.-Unternehmungen statt. Korfanty gibt Geld zur Sanierung dieser Betriebe und erstreckt damit auf sie seine Vormundschaft. Die Tageskasseneinnahmen der Genossenschaftsbank des Z. Z. P. sollen in die Bank Związku Spółek Zarobkowych abgeführt werden.

Diese Aktion wird politische Folgen nach sich ziehen. Der „Polak“, das Organ der N. P. R., erhielt Anweisung, die Chadecja und Herrn Korfanty unbehelligt zu lassen. In nächster Zeit soll der Zusammenschluß des Z. Z. P. mit der Berufsorganisation der Chadecja erfolgen. Auf diese Weise verliert das Z. Z. P. seine bisherige Selbständigkeit. Als Abschluß dieser Aktion ist die Liquidierung der Narodowa Partja Robotnicza überhaupt vorgesehen.

Sonderbar, daß die Mitglieder des Z. Z. P. und der N. P. R., welche Objekt des Handels sind, nichts davon wissen, was ihre Führer mit ihnen vorhaben.

Zu bewundern ist andererseits die finanzielle Kraft des Herrn Korfanty, welcher unlängst über eine halbe Million Zloty für die „Rzeczpospolita“ gezahlt, eine neue Zeitung in Kattowitz ins Leben gerufen hat und jetzt die N. P. R. und deren Unternehmen „saniert“. Augenscheinlich hat er bei seinen Arbeiten in der Großindustrie gut abgeschnitten.

Herr Korfanty hat nicht nur bei seinen Unternehmungen, sondern auch mit dieser „Sanierung“ gut abgeschnitten. Eine Auflösung der N. P. R.! Die aufgeklärte Arbeiterschaft nimmt diese Nachricht natürlich mit einer Erleichterung auf, da sie sieht, daß es trotz Beteuerungen keine Unterschiede zwischen der Chadecja und der N. P. R. gibt. Die Fusion dürfte aber diesen zwei bankrottierenden Parteien soviel helfen wie die berühmten Schröpfköpfe dem Toten.

Anders aber schaut die N. P. R. Kongreßpolens auf diese Heirat. Sie ist entschlossen, ihren oberschlesischen und pommereller Kollegen den Rücken zu kehren. Man spricht sogar von einer Klubspaltung der N. P. R.

Und noch vor kurzer Zeit war die N. P. R. stolz wie ein Pfauhahn!

Polnische Spionage in Ssowjetrußland.

Wie die „Prager Presse“ aus Moskau meldet, wurden in zahlreichen Prozessen gegen polnische Spione eine ausgedehnte polnische Militär- und Wirtschaftsspionage in der Ssowjetunion entdeckt, welche in verschiedenen Formen im zweiten Departement des polnischen Generalstabs organisiert wird. Das Charkower Gericht verurteilte am 9. Dezember den polnischen Spion Wenglinski zum Tode. Dieser betrieb Militärspionage unter dem Deckmantel eines Handelskonsulenten der polnischen Delegation in Kiew, durch deren diplomatische Post er militärische Geheimdokumente nach Polen beförderte. Das Kiewer Gericht verurteilte zu 10 Jahren Gefängnis den polnischen Spion Plotnikow, welcher über seine Tätigkeit im Dienste das Generalstabes genaue Aussagen machte.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(8. Fortsetzung.)

„Sein Gesicht war mir vom ersten Tage an verhaßt. Auch sonst hatte ich Grund ... seine Anwesenheit im Hause Harte unangenehm zu empfinden ..“

„Hm! Hm ... so ... weiter!“

„Er bat mich, mein Laboratorium in meiner Abwesenheit benutzen zu dürfen. Ich erlaubte es ihm. Beim Fortgehen sorgte ich dafür, daß zehntausend Volt an den Tischklemmen lagen, während der zugehörige Spannungsmesser nur hundert Volt anzeigte. Ich kam wieder, um eine Leiche zu finden, und sah ihn unversehrt aus dem Hause treten. Das Lächeln eines Siegers auf den Lippen, der soeben einen großen Erfolg errungen hat. Da wußte ich, daß Silvester Bursfeld der rechte Sohn seines Vaters ist. Er mußte wissen, daß ich ihm die Falle gestellt hatte. Ich durfte mich nicht mehr vor seinen Augen zeigen. Drei Tage später verschwand er ... Unauffällig, wie es üblich ist. Spezialgericht. Elektrokution. Ich glaubte, der Fall sei erledigt. Was weiter geschah, wissen Sie, Herr Präsident.“

„Haben Sie in seinen Papieren gründlich nachgesucht?“

„In jedem Winkelchen. Es sind keine Aufzeichnungen über die Erfindung vorhanden. Ich war dreimal in seinen Räumen. Jedes Stück Papier wurde umgedreht und studiert.“

„Sie haben selbst gesucht ... Lassen Sie unsere Polizei suchen! Die versteht es vielleicht besser ... Zum zweiten Punkt unserer Besprechung. Wer hat R. F. c. 1 genommen?“

„Ich würde sagen, sicherlich englische Agenten, wenn ich nicht ...“

„Wenn Sie nicht ...“

„Wenn ich nicht nach den Vorgängen dieses Morgens fürchten müßte, daß Silvester Bursfeld allein oder mit Komplicen in unserem schnellsten Kreuzer nach ... nach Schweden oder nach Tibet fährt.“

„Allein ist ausgeschlossen! Komplicen? Wer sind sie?“

„Ich weiß es nicht ... Bis jetzt noch nicht. Einer dieser Komplicen ist bestimmt der Zeuge Williams. Von dem dritten, der das Auto steuerte, wissen wir nur, daß er braunhäutig ist ...“

„Es ist anzunehmen, daß die drei zusammenbleiben werden. Drei sind leichter in der Welt zu finden, als einer. Nehmen Sie die politische Polizei zu Hilfe und suchen Sie. Das Finden liegt in eigenstem Interesse ... Suchen Sie, Herr Doktor Glossin!“

Dr. Glossin stand in unsicherer Haltung vor dem Diktator. Zum erstenmal hatte er die ihm anvertrauten, so ungeheuer weitreichenden Vollmachten für die Zwecke einer Privatrache angewendet. Die Blankette und Vollmachten, die er in den Händen hielt, machten es ihm leicht, den jungen Ingenieur aufheben zu lassen. Bis dahin war alles in Ordnung.

Aber daß er den Gefangenen sofort auf den elektrischen Stuhl brachte, entsprach nicht der Staatsräson. Solche Leute bewahrte Cyrus Stonard nach bewährter Methode an festen Orten auf und suchte hinter ihre Schliche zu kommen. Dr. Glossin raffte sich zusammen.

„Ich bitte Sie, den Entschluß über Krieg oder Frieden um etwa fünf Stunden aufzuschieben. So lange, bis ich wieder hier bin.“

„Warum?“

„Weil ich dann sicher sagen kann, ob Logg Sar und seine Gefährten das Flugschiff genommen haben oder nicht.“

„Und wenn es mir aus anderen Gründen gefiele, daß englische Agenten das Schiff genommen haben? Die Zeit ist reif! Der Zwischenfall könnte mir gelegen kommen.“

„Ich beschwöre Eure Exzellenz. Keine bindenden Entschlüsse, bevor wir nicht klar sehen.“

„Was klar sehen?“

„Wohin die Erfindung gegangen ist. Logg Sar im Bunde mit England ... dann können wir den Kampf nicht wagen.“

Der Diktator schüttelte abweisend das Haupt.

„Der Sohn wird sich hüten, sich mit den Mördern seines Vaters zu verbinden.“

„Ich hoffe es. Aber Sicherheit ist mehr wert als Vermutung. In wenigen Stunden kann ich Sicherheit haben. Hat er R. F. c. 1 nicht genommen, so ist er noch in den Staaten, und wir haben die Möglichkeit, ihn zu fassen. Solange er frei ist, bleibt er eine Macht, die wir fürchten müssen.“

Ein Schweigen von zwei Minuten. Dann sagte Cyrus Stonard: „Ich erwarte Ihre Mitteilung im Laufe der nächsten drei Stunden. Unsere Presse soll ihre Invektiven gegen England bis auf weiteres unterlassen. Versuchen Sie auf jede Weise, des Erfinders habhaft zu werden.“

Eine Handbewegung des Präsident-Diktators, und Dr. Glossin war entlassen.

* * *

Hinter dichten Bäumen verborgen, efeuumsponnen, stand in der Johnson Street zu Trenton das Häuschen, welches Mrs. Harte mit ihrer Tochter Jane bewohnte.

Mrs. Harte war Witwe. Ihr Mann hatte den Tod als Ingenieur in den Staatswerken gefunden. Ein Dampfrohr platzte und erfüllte seinen Arbeitsraum mit überhitzten Dämpfen. Frederic Harte war nach dem Unfall ruhig nach Hause gekommen und hatte sein Weib schonend auf seinen Tod vorbereitet. Erschrocken war sie auf ihn zugeeilt und hatte seine rechte Hand ergriffen. Hatte mit Entsetzen spüren müssen, wie das Fleisch der Finger sich von den Knochen löste, tot und weich, vom überhitzten Dampf gekocht, in ihren eigenen Händen verblieb.

(Fortsetzung folgt.)

Die polnischen Monarchisten gegen Wojciechowski.

In Warschau kommt seit längerer Zeit die Zeitschrift „Pro Patria“ heraus, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den monarchistischen Gedanken zu propagieren. Bei der Polizei erschienen einige Herren, die dieser Zeitschrift nahestehen, um im Namen des „Polnischen Arbeitsverbandes“ eine Erlaubnis für eine Versammlung am Poniatowski-Denkmal zu erwirken. Erst unlängst ist in der Nähe des Denkmals zu Ehren des „unbekannten Soldaten“ eine Tafel eingelassen worden. Dem „unbekannten Soldaten“ sollte von der Versammlung eine Ehrung dargebracht werden. Trotzdem die Polizei die Versammlung verboten hatte, hatten sich zur angesetzten Zeit zahlreiche Damen und Herren am Poniatowski-Denkmal eingefunden. Ein junger Mann hielt eine flammende Rede, die in den Satz ausklang: „Lohnte es sich den Soldaten zu sterben, wenn Leute wie der Staatspräsident Wojciechowski mit dem Staate regieren.“

Als er gerade dabei war die Zeitschrift „Pro Patria“ zu verteilen, fuhr Staatspräsident Wojciechowski im Auto vorüber. Der junge Redner stellte sich in Positur und rief aus: „Lohnte es sich den Soldaten zu sterben, wenn solche an der Spitze stehen, wie dieser, der gerade im Auto vorüberfuhr.“

Nach diesem wurde der Redner verhaftet. Auf der Polizei stellte es sich heraus, daß der große Patriot Alfons Bielecki heißt und schon mehrfach wegen Ausschreitungen politischer Natur verhaftet wurde.

Wie verlautet, ist die Polizei durch diese Verhaftung auf die Spur einer weit verzweigten monarchistischen Bewegung geraten.

Um ein neues Sejmgebäude.

In der heutigen Budgetkommission gelangt das Projekt über die Errichtung eines neuen Sejmgebäudes zur Beratung. Abg. Sliwinski wird einen eigenen Bauentwurf vorlegen. Das neue Gebäude soll gegenüber dem alten errichtet werden. Der Sitzungssaal ist für 550 Sitze vorgesehen. Das Gebäude selbst soll vier Stockwerke hoch sein. In den oberen Stockwerken sollen 288 Wohnungen für Abgeordnete geschaffen werden.

England und Polen.

Die Verhandlungen zwischen England und Polen über die Rückzahlung der polnischen Schulden im Betrage von 4,5 Millionen Pfund Sterling sind abgeschlossen Polen wird nach dem Muster seines Vertrages mit den Vereinigten Staaten jetzt auch die Tilgung dieser Schulden an England aufnehmen.

Diese Nachricht wird, wie die polnische Presse mitteilt, in Warschauer finanziellen und Handelskreisen dahin ausgelegt, daß durch diese Regelung die beiderseitigen Beziehungen zwischen Polen und England gebessert würden, zumal Polen das erste Ausland sei, das mit der Rückzahlung seiner Schulden an England beginne.

Die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Polen.

Im französischen Außenministerium ist das neue französisch-polnischen Handelsabkommen unterzeichnet worden. Der französische Minimaltarif erhöhte die Zahl der Tarifpositionen, für die Polen den französischen Minimalsatz eingeräumt erhalten soll, von 30 auf 100. Polnischerseits sind dafür bedeutende Zollherabsetzungen gewährt worden, die im Durchschnitt etwa 50 Proz. betragen und für Wein auf 90 Proz., für Seidenerzeugnisse auf 70 und für Kraftwagen auf 60 Prozent steigen.

Parlamentsauflösung in Aegypten.

Aus Kairo wird gemeldet, daß der Studentenführer Abdulhadi und der Zaghlul sehr nahestehende Student Elgayer, die beide im Zusammenhang mit der Ermordung des Sirdar verhaftet werden sollten, plötzlich verschwunden sind. Es wurde festgestellt, daß Abdulhadi mit einem von der früheren Zaghlulregierung ausgestellten Paß nach Europa abgereist ist. Es wurden weitere Studentenverhaftungen vorgenommen.

Obgleich die Auflösung des ägyptischen Parlaments noch nicht offiziell bekanntgegeben wurde, diskutierte ein Teil der ägyptischen Presse bereits eventuelle Abänderungen der Wahlgesetze, um eine Majorität der Zaghlisten zu sichern.

Bankrott der Generalsherrschaft.

Primo de Rivera am Ende seines Lateins.

Nach Meldungen, die aus Spanien durchsickern, ist der spanische Diktator, General Primo de Rivera, am Ende seines Lateins. Er beabsichtigt deshalb unter seiner Präsidentschaft ein Ministerium zu bilden, in das hohe Beamte und Zivilpersonen berufen werden sollen. Als Minister des Auswärtigen in diesem ersten Kabinett des Ueberganges von der Diktatur zu verfassungsmäßigen Zuständen soll der spanische Gesandte in London in Aussicht genommen sein.